

Der Ausschussvorsitzende wies zunächst darauf hin, dass hierzu auch der Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache-Nr. 16/0120 „Änderungsantrag zu TOP 13 öffentlicher Teil „Bundesverkehrswegeplan – Stellungnahme der Stadt“ mitberaten werde.

Protokollnotiz:

Der o.g. Änderungsantrag als Antrag der CDU-Fraktion nebst dem Abstimmungsergebnis ist als TOP 18.1.3 in die Niederschrift einsortiert.

Herr Gleß erläuterte zunächst die Sitzungsvorlage der Verwaltung.

Herr Schell erläuterte sodann noch einmal den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Der Ausschussvorsitzende fragte Herrn Schell, ob er damit einverstanden sei, dem Änderungsantrag einen zweiten Punkt hinzuzufügen, welcher wie folgt laute: „Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, den Ratsbeschluss zur Südtangente aus dem Jahr 2003 aufzuheben.“

Herr Schell zeigte sich damit einverstanden.

Frau Borowski von der SPD-Fraktion sagte, sie habe am 09.04. aus der Presse erfahren, dass sich die Planungsausschüsse des Rhein-Sieg-Kreises und Bonn dazu entschlossen hätten, den Fokus nur noch auf die Rheinquerung zwischen Niederkassel und Wesseling zu legen, den Ennertaufstieg und die Südtangente also komplett auszuklammern.

Sie irritiere nunmehr die Vorgehensweise der CDU-Fraktion. Bislang habe diese zu diesem Thema zwei Tischvorlagen, die heutige mit eingerechnet, vorgelegt. Einerseits betone Herr Schell, er beschäftige sich intensiv mit Sitzungsvorlagen, konfrontiere dann aber den Ausschuss seinerseits mit Tischvorlagen. Im Übrigen wundere sie, dass die CDU-Fraktion die im Änderungsantrag dargelegten Punkte nicht bereits im interfraktionellen Treffen am 04.04. eingebracht habe.

Die vorgeschlagene umweltfreundliche Südtangente halte sie im Übrigen für Augenwischerei. Ihres Wissens nach könne der Ausschuss nur die Aufnahme eines Projektes in den Bundesverkehrswegeplan beantragen. Auf den weiteren Verlauf hinsichtlich Kosten oder Trassen habe die Stadt zunächst keinen Einfluss. Dies obliege dem landesbetrieb Straßen NRW. Würde man dem Änderungsantrag also zustimmen, so würde man das gesamte Projekt befürworten. Die dort aufgeführten Bedingungen blieben jedoch außen vor. Dieses Risiko sei ihrer Fraktion zu groß.

Man Teile die Einschätzung des planungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Kreistag, dass ein Zeichen gesetzt werden müsse, um die Region verkehrspolitisch voran zu bringen.

Eine Südtangente durch die Hintertür werde es mit der SPD-Fraktion nicht geben. Vielmehr befürworte man die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe auch an dieser Stelle gut verlaufen sei. Er weise darauf hin, dass sich die Stadt auch hinsichtlich der Siegstrecke deutlich positioniere, insbesondere im Hinblick auf die Lärmbelastung. Die verkehrsgünstige Lage Sankt Augustins bringe eben Vor-, aber auch Nachteile mit sich.

Die Diskussion um die Südtangente existiere nunmehr seit fast 50 Jahren. Dabei seien die Planungen oftmals an der realen Machbarkeit vorbeigelaufen. Dass diese im Bundesverkehrswegeplan nun im weiteren Bedarf mit Planungsrecht verzeichnet ist sei falsch, da hierfür in den nächsten 15 Jahren keine finanziellen Mittel bereitgestellt und vermutlich auch keine Planung erstellt würde. Sie blockiere jedoch die Lösung der nicht zu bezweifelnden Verkehrsprobleme. Sicher gebe es in Ballungsräumen zu Spitzenzeiten immer Stausituationen. Es gehe aber darum, Verkehrsabläufe zu optimieren. Dazu seien auch der ÖPNV sowie der Radverkehr zu betrachten.

Er begrüße es, dass der Bürgermeister immer gesagt habe, er lehne die Südtangente ab. Dies sei offensichtlich auch die Meinung der Verwaltung. Er stehe jeder mit Respekt geführten Diskussion offen gegenüber. Es gebe hinreichende Datensammlungen, auf deren Grundlage man diskutieren könne. Was die CDU-Fraktion vorschlage, sei auch schon mehrfach untersucht worden, allerdings nicht in einer Variante eines kompletten Tunnels. Dies gehe allerdings aufgrund der zahlreichen Bachtäler nicht. Auch wären die Kosten hierfür immens.

Das Ergebnis der Diskussionen um die Südtangente sei eben nicht, dass man diese haben wolle. Es gebe einen offenen Diskurs. Hier sei es auch an der CDU-Fraktion, sich klar zu äußern, ob sie dafür oder dagegen sei. Offensichtlich herrsche darüber aber innerhalb der Fraktion keine Klarheit. Der nunmehr unterbreitete Vorschlag sei insofern unglaublich, dass dieser suggeriere, es gebe die Südtangente, aber so, dass es keiner merke. Richtig sei auch der Einwand von Frau Borowski, dass die Stadt nicht über den Verlauf einer solchen Strecke entscheiden könne.

Im Änderungsvorschlag stehe, dass man sich grundsätzlich für die Realisierung des Projektes ausspreche. Vielmehr sei Sankt Augustin die Kommune im Rhein-Sieg-Kreis, welche durch die Südtangente Nachteile erfahre und sie deswegen ablehne. Würde man dem Projekt zustimmen und käme dieses tatsächlich zur Umsetzung, habe die Stadt keinen Einfluss auf den Streckenverlauf. Dieses Risiko werde seine Fraktion nicht tragen. Insofern werde sie den Änderungsantrag ablehnen, da die Südtangente den Interessen von Mensch und Umwelt in der Stadt Sankt Augustin fundamental zuwider laufe.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion machte deutlich, dass er von der Haltung des neuen Landrates enttäuscht sei, obgleich dieser wissen sollte, dass die Südtangente die Probleme der Berggemeinden nicht lösen könne. Gleiches gelte für Herrn Griesel von der IHK.

Ihn überzeuge auch nicht, dass man glaube, hier nun eine neue Variante zu haben. Dazu trage auch nicht bei, dass der vorgeschlagene Tunnel nicht auf Sankt Augustiner Stadtgebiet herauskomme. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag daher nicht zustimmen.

Herr Schell sagte, dass sich die Planungsausschüsse für die zusätzliche Rheinquerung ausgesprochen hätten. Die Fragen zur Südtangente habe man dabei jedoch offengelassen. Das Bundesverkehrsministerium habe offensichtlich festgestellt, dass man es mit einem Lückenschluss zu tun habe, welcher aus dessen Sicht nicht unwichtig sei, da man diesen gegenüber dem letzten Bundesverkehrswegeplan nun noch einmal mit aufgenommen habe. Hier sehe er vielmehr die Gefahr, dass man lediglich die vorgeschlagene Variante bekomme, wenn man nicht bereits im Vorfeld konstruktive Vorschläge mache. Er habe das Gefühl, dass im Moment nur nach dem

besten Nutzen-Kosten-Verhältnis geschaut werde. Es gebe aber nun mal Dinge, welche nicht monetarisiert werden könnten, wie z.B. bestimmte Umweltbelange. Schließlich gehe es auch um Lebensvorteile in Form von Zeit für die Bevölkerung, welche sich in den entsprechenden Berechnungen widerspiegeln. Insofern mache es auch Sinn, wenn sich beispielsweise die IHK für das Projekt ausspreche. Es sei Aufgabe der Stadt Sankt Augustin, die bestmögliche Variante für die EinwohnerInnen von Birlinghoven zu erreichen.

Herr Hatz von der Fraktion DIE LINKE sagte, dass er mit der Diskussion um die Südtangente bereits seit ca. 45 Jahren befasst sei. Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Variante sei bereits untersucht worden, wenn auch nicht als Tunnel. Sie sei allerdings seinerzeit verworfen worden. Es gebe realistische Hinderungsgründe, allen voran die Kostenfrage.

Viel wichtiger sei es, endlich Ruhe in die Diskussion um die Südtangente zu bringen. So werde nur immer wieder Unruhe in die Bürgerschaft gebracht.

Herr Metz sagte, es stimme, dass die Planungsausschüsse von Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises in ihrer gemeinsamen Sitzung weder zur Südtangente noch zum Ausbau der BAB 565 etwas gesagt hätten. Jedoch habe man Einigkeit zur Rheinbrücke Godorf gezeigt.

In der Vergangenheit sei eine Nutzen-Kosten-Analyse immer wieder auf neuen Berechnungen mit teils unverständlichen Parametern aufgestellt worden. Sich darauf zu berufen sei seiner Ansicht nach mittlerweile unseriös. Insofern gehe man ein unkalkulierbares Risiko ein, wenn man auf dieser Grundlage die generelle Position der Stadt Sankt Augustin aufweiche.

Herr Beutel von der CDU-Fraktion gab zu bedenken, es gebe Gutachten welche besagten, dass das Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren um ein Vielfaches steigen werde. Die Ausbauplanungen der A 59 sowie der B 56 seien vor diesem Hintergrund in seinen Augen lediglich Flickschustereien. Zu der zu erwartenden Erhöhung des Verkehrsaufkommens im Sankt Augustiner Stadtgebiet werde auch die geplante zusätzliche Rheinquerung beitragen. Eine Tangente würde hier zur Entlastung beitragen.

Hätte der Rat in 2003 einen anderen Beschluss gefasst, würde die Verwaltung heute eventuell eine andere Stellungnahme abgeben.

Frau Borowski habe den Vorschlag als Ortsvorsteherin von Birlinghoven von vornherein abgelehnt, nur weil es diesen Ratsbeschluss aus dem Jahr 2003 gebe, jedoch ohne sich mit dem Vorschlag tatsächlich zu befassen.

Der Ausschussvorsitzende gab zu bedenken, es sei fatal davon auszugehen, dass sich die Fachverwaltung ihre Fachmeinung auf Grundlage eines Ratsbeschlusses bilde.

Herr Müller von der CDU-Fraktion sagte, er sehe die Gefahr, dass im Falle einer Ablehnung des Vorschlages die Position zum Ausbau der Güterverkehrsstrecke unter den Tisch falle. Insofern schlage er vor, die Problematik der Südtangente von den übrigen Vorschlägen, welche der Ausschuss offensichtlich für gut befände, abzutrennen und mit in die Stellungnahme der Stadt aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende führte aus, dass der Ausschuss zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion beschließe. Sollte dieser keine Mehrheit finden, werde anschließend über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt. Hier sei es an der CDU-Fraktion sich zu überlegen, ob ihr hinsichtlich der Stellungnahme der Stadt zum Bundesverkehrswegeplan an einer sehr breiten Zustimmung des gesamten Rates liege oder lediglich an einer großen Mehrheit. Er gebe zu bedenken, dass in seinem solchen Fall sicherlich ein einstimmiges Votum des Rates das bessere Signal sei.

Frau Borowski sagte an Herrn Beutel gewandt, dass der Ratsbeschluss aus 2003 einstimmig gefasst worden sei. Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit hätten bis heute keine anderen Ergebnisse hervorgebracht. Sie sehe kein Argument, weshalb sie ihre Meinung heute ändern sollte. Er selbst habe im Arbeitskreis gesagt, dass jeder weitere Autobahnanschluss weitere Verkehre anziehen würde, also auch bei der aktuell vorliegenden Variante in Birlinghoven.

Herr Schell sagte, es sei völlig korrekt, dass die Verwaltung auf Grundlage der gefassten Beschlüsse eine Vorlage erstellt habe.

Hinsichtlich der Nutzen-Kosten-Berechnungen sei die Südtangente immer relativ weit oben angesiedelt gewesen. Zudem sei bei der Rheinquerung zwar gesagt worden, man sei dafür. Allerdings sollte diese auch noch einmal genauer untersucht werden, da man um die Auswirkungen dieser auf die umliegenden Autobahnen nicht wisse.

Die Südtangente sei nicht auf Initiative seiner Fraktion neuerlich in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Ihm gehe es darum, die Vorteile, welche sich für Sankt Augustin dadurch ergäben, herausstellen, sowie die Nachteile, welche sowohl für Sankt Augustin als auch für die anderen betroffenen Kommunen aus der Südtangente resultierten, zu minimieren.

Es gehe darum, Alternativen aufzuzeigen, bevor Fakten geschaffen würden.

Herr Beutel sagte an Frau Borowski gewandt, dass er keine zusätzliche Belastung für Birlinghoven wolle. Auf dem Entwurf sei zu erkennen, dass das vorgeschlagene Kreuz nicht durch Birlinghoven gehe. Seine Fraktion würde der ursprünglichen Variante auch nicht zustimmen.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Protokollnotiz:

Das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist unter TOP 18.1.3 der Niederschrift protokolliert.

Anschließend ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.